

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher
No. 11

Anziabblatt für den Bezirk Nagold und für Ultenberg-Stadt. Allgemeines Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Bezugspreis: Wöchentlich 50 Goldpfennige. Die Einzelnummer kostet 10 Goldpfennige. Bei Nicht- | Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 12 Goldpfennig, die Reklamezeile 25 Goldpfen-
erscheinen der Zeitung infolge Mangel oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Vorkauf. | zahlbar innerhalb 2 Tagen. — Für telephonisch erteilte Aufträge Anzeigen wie keine Gewähr

Nr. 293.

Ultenberg, Freitag den 21. Dezember.

Seitgang 1923

Die Weltgetreideversorgung.

In der „E. N. Z.“ schreibt Hr. Meizer u. a.:

Die letzten Nachrichten über amerikanische Lebensmittelkredite an Deutschland lassen es angebracht erscheinen, auf die Zusammenhänge der Kreditfrage mit der Ueberproduktion an Getreide in Uebersee hinzuweisen. Die Lage der Weltgetreideversorgung wird gegenwärtig vom Weizen beherrscht. Die Gesamtmenge an Weizen, ohne Berücksichtigung Rußlands, wird auf 940 Millionen Doppelzentner gegenüber 870 Millionen im Vorjahre geschätzt. Bleibt dieses Ergebnis auch noch um 84 Millionen hinter dem letzten Friedensd. rückschnitt zurück, so ist doch die Konsumkraft der Bedarfsgebiete Mitteleuropas wesentlich geschwächt, und außerdem ist in diesem Jahre auch Rußland zum ersten Mal wiederum in größerem Umfang als Getreideexporteur aufgetreten. Der Hauptanteil der Ertragssteigerung entfällt auf Europa, dessen Einfuhrbedarf daher um rund 40 Millionen Doppelzentner geringer als 1922 zu veranschlagen ist. In den Vereinigten Staaten ist die Weizenernte etwas zurückgegangen; dieser Rückgang wird aber weitläufig durch die Steigerung der kanadischen Ernte um 17,5 Prozent und die der argentinischen um 32 Prozent ausgeglichen. Wenn man den Einfuhrbedarf sämtlicher Importländer auf rund 158 Millionen Doppelzentner schätzt, würde sich ein exportfähiger Ueberschuß von 287 Millionen Doppelzentner Weizen ergeben. Dabei ist Rußland noch nicht einmal mitgerechnet. Die hiernach schon erste Lage der Landwirtschaft in den Erzeugerländern wird noch dadurch verschärft, daß auch die Roggenernte eine Zunahme aufweist, und daß die Weisernte an Gerste und Hafer um 15 Prozent und an Mais um 5 Prozent gegen 1922 gestiegen ist.

Es läßt sich hieraus ersehen, aus welchen Gründen der amerikanische Getreidepreis seit einiger Zeit sich nicht mehr hat hochhalten lassen und immer mehr abgedrückt. Es ist wohl auch sicher damit zu rechnen, daß die amerikanischen Getreidepreise noch weiter nachgeben, und dies um so mehr, da — wohl erstes praktisches Ergebnis der britischen Reichswirtschaftskonferenz — Eng und die Inseln seinen Weizenbedarf im Gegensatz zu früher ausschließlich aus den britischen Dominien, vor allem Kanada, deckt. Die Lage der amerikanischen Farmer ist schon seit etwa zwei Jahren, seitdem die während des Krieges eingeführten garantierten Mindestpreise abgeschafft sind, außerordentlich schlecht. Jetzt ist die Lage derart, daß man allen Ernstes in den amerikanischen Städten dafür Propaganda macht, daß jeder pflichtbewusste Staatsbürger zu jeder Wahlzeit eine Scheibe Brot mehr essen solle als gewöhnlich, damit den Farmern ihre Weizenlast vom Hals geschafft werden könne. In Argentinien, wo die Landwirtschaft ebenso unter der Ueberproduktion leidet, ist man nach den neuesten Nachrichten dazu übergegangen, wiederum das überflüssige Getreide als Heizmaterial zu verkaufen. Bei dieser Situation ist es klar, daß man kein Mittel unversucht läßt, um sich neue Absatzgebiete zu erschließen.

Man wird diese Lage der Weltgetreideproduktion wohl berücksichtigen müssen, wenn man zu etwaigen amerikanischen Lebensmittelkreditangeboten Stellung nehmen will, zumal es mit der Viehproduktion in Uebersee nicht sehr viel anders bestellt ist. Die Dinge liegen in der Tat derart, daß wir aus Gründen der Volksernährung nicht auf die allergrößte Beschleunigung zu bringen brauchen, da für den Notfall die diesjährige Ernte für gut 10 Monate des mit dem September begonnenen Versorgungsjahres ausreicht, während die Gegenseite alles Interesse daran hat, ihren Ueberschuß sobald wie möglich loszuwerden, wie es ja ähnlich auch seinerzeit der Fall war, als uns Argentinien das Getreidefleisch gratis und franco anbot, wenn wir nur die Frachtkosten trügen. Diese Dinge sind übrigens auch während der Anwesenheit einiger Führer der amerikanischen Farmerchaft in Berlin zur Zeit des Abganges Strejmanns von amerikanischer Seite offen zugegeben worden.

Die beiden Anleihepläne.

Am Freitag will die Reparationskommission über die Frage des amerikanischen Lebensmittelkredits für Deutschland Bescheid lassen. Es handelt sich darum, ob die Reparationskommission dem Auftragsdienst einer solchen Anleihe den Vorrang vor der Reparation gewähren will oder

nicht. Nach den bisherigen Meldungen stehen die Aussichten für anstandslose Gewährung der Priorität ziemlich schlecht; ein Teil der Pariser Presse behauptet, neben Frankreich und Belgien würde auch Italien dagegen stimmen, und das wäre allerdings entscheidend; außerdem wird noch gesagt, die amerikanischen Finanzkreise, denen Deutschland Kupfer und Baumwolle abkaufe, hätten Geld und Möglichkeiten genug, auch ohne die Priorität einen Lebensmittelkredit zu gewähren. Dieser hochharte Hinweis auf den deutsch-amerikanischen Handelsvertrag soll wohl dazu dienen, eine Frankreich genehme und von ihm herbeigeführte Verweigerung der Priorität des schlechten Eindrucks zu entkleiden, den die Sabotage einer Hungeranleihe für Deutschland in der ganzen Welt machen müßte. Man muß allerdings sagen, daß die Auslegung, die die Sonntagrede Strejmanns in einem Teil der Pariser Presse, auch der gemäßigten, findet, leider sehr zur Stimmungsmache gegen uns mißbraucht.

Wenn also auch zweifellos die zum Teil beflissene Auslegung der Rede Strejmanns in diesem Zeitpunkt beauerlich ist, und es vielleicht besser gewesen wäre, eine solche Auslegung, die man beim Charakter des Gegners vermuten konnte, vorher schon durch größere Vorsicht zu verhindern, so ist zunächst die Verständigungsmöglichkeit noch offen, zumal die belgische Antwort, der französischen gleichlautend, zwar auch vor der Militärkontrolle spricht, aber nicht als dem Hauptpunkt, und im übrigen Fortsetzung der Verhandlungen wünscht. Erst der Verlauf der weiteren Verhandlungen wird nun zeigen, ob die Vorbehalte Poincarés dem Wunsch nach Sabotage der Verhandlungen entgegenstehen; ferner ist allerdings klar, daß man jedes Trümmelchen benutzt, und das „Echo de Paris“ sagt gerade heraus, daß Deutschland auch die Priorität der Lebensmittelanleihe haben könnte, wenn es sich der Politik des 11. Januar völlig unterwerfe, wenn es also die Legalität der Ruhrbesetzung anerkenne. Wenn diese Handlungsweise der Meinung der französischen Regierung entspricht, dann handelt es sich dabei um eine nackte Erpressung, und dann wäre die vorbeugende Rede Strejmanns nicht nur ein Temperamentsausbruch gewesen, sondern die im vorstehenden gegebene Antwort.

Aber noch eine zweite Anleihe größeren Umfanges soll von Amerika gewährt werden; die Wiederaufbau-Anleihe, zur Stärkung der deutschen Währung. Sie soll, wie in Amerika offiziell verkündet wurde, unter Beihilfe der amerikanischen Regierung in erster Linie von den amerikanischen Banken, in zweiter Linie aus England aufgebracht werden. Man erklärt, daß diese Finanzoperation alle bisherigen in den Schatten stellen werde. Es ist nicht bekannt, ob auch hier die Prioritätsfrage aufgeworfen werden soll; vernünftigerweise müßte sie in diesem Falle eigentlich schon entschieden sein, da Deutschland ohne ausländische Hilfe seine Währung nicht endgültig beseitigen kann und daher auch ohne solche Anleihe für die Reparation nicht in Frage kommt. Die Priorität ist in diesem Falle gar keine juristische, sondern eine materielle und logische Voraussetzung. Es wäre zu wünschen, daß die beiden Anleihepläne von den angelsächsischen Staaten mit dem Nachdruck vertreten werden, der gegenüber den erwähnten französischen Erpressungsversuchen nötig ist, denen Strejmann vorbeugen wollte. Aber warten wir nur ab, Pläne sind noch keine Taten!

Berordnung über die Arbeitszeit.

Berlin, 20. Dez. Die Rechtsverordnung zur Regelung der Arbeitszeit legt grundsätzlich die achtstündige Arbeitszeit von neuem fest. Für die Praxis ist eine Reihe von Ausnahmen vorgesehen, die eine längere Arbeitszeit auf dem Wege tariflicher Vereinbarungen oder auf Grund gesetzlicher Anordnungen vorsehen. Die näheren Bestimmungen der Verordnung sind folgende:

1. Ausnahmen sind zulässig für Gewerbebetriebe oder Gruppen von Arbeitnehmern, bei denen regelmäßig in erheblichem Umfange Arbeitsbereitschaft vorliegt. Hier kann durch Tarifverträge oder soweit ein solcher nicht besteht durch Arbeitsverträge besonderer Art unberücksichtigt sind, durch den Reichsarbeitsminister nach Anhörung der beteiligten wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine abweichende Regelung getroffen werden. Die Arbeitnehmer eines Betriebes oder einer Betriebsabteilung dürfen nach Anhörung der gesetzlichen Betriebsvertretung über Höchstarbeitszeit von acht Stunden hinaus an 30 der Anzahl des Arbeitsoberes überlassenen Tagen im Jahr,

mit Mehrarbeit bis zu 2 Stunden beschäftigt werden. Die für den Gesamtbetrieb zulässige Dauer darf nach Anhörung der gesetzlichen Betriebsvertretung für weibliche und jugendliche Arbeitnehmer um eine, für männliche Arbeitnehmer über 16 Jahren um zwei Stunden täglich überschritten werden.

2. Bei Arbeiten zur Bewachung der Betriebsanlagen, zur Reinigung und Instandhaltung, durch die der regelmäßige Fortgang des einen oder anderen fremden Betriebs bedingt ist, bei vorbereitenden Arbeiten und bei Schiffs- und Eisenbahnverfrachtungen, sowie bei Mehrarbeit zur Vermeidung von Betriebsstörungen oder zur Innehaltung der gesetzlichen Ladefrist notwendig ist und bei Kuffrist kann die Arbeitszeit durch Tarifvertrag über acht Stunden ausgedehnt werden.

3. Im Interesse des Arbeitnehmers sind besondere Bestimmungen vorgesehen, wonach die obersten Landesbehörden einen nicht für alle gemeinverbindlich erklärten Tarifvertrag beanstanden und die Regelung der Arbeitszeit selbst vornehmen können. Wenn die Arbeitszeit tariflich nicht geregelt wird, kann auf Antrag des Arbeitnehmers eine abweichende Regelung der Arbeitszeit durch den zuständigen Gewerbe- oder Bergaufsichtsbeamten nach Anhörung der gesetzlichen Betriebsvertretung widerrechtlich zugelassen werden, sofern sie aus allgemeinen wirtschaftlichen oder betriebswirtschaftlichen Gründen erforderlich ist.

4. Eine Ueberschreitung des achtstündigen Arbeitstages auf Grund besonderer tariflicher Vereinbarungen ist für Arbeiter im Steinkohlenbergbau unter Tag, sowie für Schmelzarbeiter an Hochofen von ähnlichen Betrieben nur zulässig, wenn die Ueberschreitung aus Gründen des Gemeinwohles dringend erforderlich ist.

5. Die Arbeitszeit darf auch bei Anwendung der bisher angeführten Ausnahmen zehn Stunden am Tag nicht überschreiten, es sei denn, daß besonders dringende Gründe vorliegen. Bestimmungen von Tarif- und Arbeitsverträgen, die beim Inkrafttreten dieser Verordnung noch gelten und eine geringere Arbeitszeit als den Achtstundentag vorsehen, können mit dreißigtägiger Frist gekündigt werden, ausgenommen Arbeitsverträge, die in der Zeit vom 18. Januar 1923 bis zum Inkrafttreten dieser Verordnung abgeschlossen worden sind.

Die zweite Rotsteuerverordnung

Berlin, 20. Dez. Ueber die in den nächsten Tagen zur Veröffentlichung kommende zweite Rotsteuerverordnung erfahren wir:

Die Einkommensteuer für 1923 soll mit den bisherigen Vorauszahlungen und der neuen am 10. Januar zu leistenden Abschlußzahlung von grundsätzlich 40 Goldpfennigen pro Tausend Mark Jahressteuerstand von 1922 abgezogen werden. Hat der Veranlagte für 1922 ein Abkühl vor dem 30. Juni (überfahrende Landwirtschaft) zugrunde gelegen, so wird die Abschlußzahlung vermindert. Stehen Vorauszahlungen und die Abschlußzahlung außer Verhältnis zur Leistungsfähigkeit, so kann das Finanzamt die Abschlußzahlung ermäßigen oder erhöhen. Bei den mit dem Kalenderjahr balanzierenden Gewerkschaften beträgt die Endzahlung 60 Pfennige pro Tausend Mark Körperschaftsteuerstand 1922. Nicht mit dem Kalenderjahr abschließende Gesellschaften entrichten 60 Goldpfennig Körperschaftsteuerstand von 1921/1922.

Für 1924 sind neue Vorauszahlungsmäßigkeiten aufgestellt. Die Landwirtschaft soll vierteljährlich am 1. Februar, 1. Mai, 1. August und 1. November eine Goldmark für je tausend Mark des Vermögenssteuerwertes zahlen. Bei Einkommen aus einem Gewerbebetrieb werden als Vorauszahlung 2 Proz. von den Bruttoeinnahmen unter Abzug von Löhnen oder Gehältern gefordert. Beim Einkommen aus Grundbesitz Vermietung, Pachtung, freier Verpachtung und selbständiger Arbeit (Lauten usw.) soll vierteljährlich der Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben so erfaßt werden, daß vierteljährlich von den ersten 2000 Mark 10 Proz., von weiteren Beträgen 20 Proz. am Ende des Vierteljahres bezahlt werden. Das durch den Steuerabzug vom Arbeitslohn erfaßte Einkommen aus nicht selbständiger Arbeit bleibt vollständig in Höhe von 12 Mark steuerfrei. Für die Ehefrau und jedes Kind unter 17 Jahren wird weiter je 1 Proz. abgezogen. Ein Arbeitslohn über 2000 Mark vierteljährlich unterliegt den gleichen Bedingungen bezüglich des Steuerabzuges der Veranlagung und Vorauszahlung.

Bei Kapitaleinkommen haben Gesellschaften und Schuldner von Zinsen werbesteuert Anlaßen fortan

10 Proz. abzuführen. Die endgültige Bestimmung des Kapitalertrags für 1924 wird sich erst später ergeben. Rhodische Perionen haben eventuell ihren Verbrauch der Steuer zugrundelegen (sogenannte Kaufwandssteuer). Sie sollen von den ersten 2000 Mark des Aufwands 10 Proz., von den überschüssigen Beträgen 20 Proz. vierteljährlich zahlen.

Kaufleute haben für steuerliche Zwecke eine Vermögensobergrenze nach Art und Menge in Goldmark für den 1. Januar 1924 zu machen. Bei der Vermögenssteuer soll auf den 31. Dezember 1923 eine Neuveranlagung für 1924 stattfinden. Bei der Erbschaftsteuer wird die Umstellung auf Goldmarksteuer erfolgen. Desgleichen wird bei der Kapitalverkehrssteuer die Gesellschaftsteuer auf Goldmark umgestellt. Für die Wertpapier- und Börsenmaklersteuer wird der Reichsfinanzminister zur Umstellung auf Goldmark ermächtigt. Einige kleinere Steuern werden außer Erhebung gesetzt. Die Verbrauchsteuer ist auf Goldmark umgestellt. Der Finanzminister kann bis zum 15. Februar 1924 eine Börsensteuer bestimmen, die an die Zulassung zu einer inländischen Börse oder an ihren Besuch anknüpft. Die Versicherungsgesetze betreffen bei der Feuerversicherung fortan 40 Proz. der Prämie. Die Kraftfahrzeugsteuer ist verzwanzigfacht, die Personenzugsteuer verdreifacht. Die Betriebssteuer der Arbeitgeber und die Landabgabe wird mit dem 1. Januar 1924 aufgehoben.

Wenn die neuen Steuern rechtzeitig eingehen und die Ausgaben die Einnahmen nicht in unvorhergesehener Weise überschreiten, wird der Übergangsetat voraussichtlich in sich balancieren können.

Neues vom Tage.

Beschlüsse des Reichskabinetts.

Berlin, 20. Dez. Das Reichskabinetts erklärte sich in seiner gestrigen Sitzung mit gewissen Aenderungs- vorschlägen des Uebersichtsausschusses des Reichstages zur zweiten Steuernotverordnung einverstanden. Eingehend wurde die Frage der Verfestigung der Reichsbahn beraten und beschlossen, in Vorverhandlungen mit den Ländern einzutreten. Weiter hat das Kabinetts in Aussicht genommen, sich mit der Gründung einer Rheinisch-Westfälischen Notenbank einverstanden zu erklären, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt werden, die in den letzten Tagen mit den Vertretern der rheinischen Banken erörtert worden sind. Nach dem in diesen Verhandlungen gewonnenen Eindruck sieht zu erwarten, daß über diese Bedingungen eine Einigung erzielt werden wird.

Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes in Bayern.

München, 20. Dez. Im bayerischen Landtag ist nach einer sehr bewegten Sitzung, in der der Finanzminister Dr. Krauseneck wiederholt den Vordringlichen Worten beschworen hatte, im Interesse der Rettung des Staates das Ermächtigungsgesetz anzunehmen, die Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz erfolgt. Von 145 Abstimmenden stimmten nur 91 mit Ja, 54 mit Nein. Damit war die notwendige Zweidrittelmehrheit von 106 Stimmen nicht erreicht und das Gesetz abgelehnt. Die Sozialdemokraten, die Kommunisten und der Bauernbund stimmten geschlossen gegen das Gesetz mit Ausnahme des dem Bauernbund angehörenden Landwirtschaftsministers Buegelhofer. Buegelhofer wird nunmehr infolge des Auseinanderfallens der Regierungskoalition als Minister seinen Abschied zu nehmen haben. Die Regierung wird, sicheres Vernehmen nach, trotz der Ablehnung des Gesetzes auf der unverzüglichen Durchführung der geplanten Maßnahmen bestehen und wird nun zum Art. 47 der Reichsver-

fassung greifen müssen, um ihre Absichten verwirklichen zu können.

Die englischen Sachverständigen.

London, 20. Dez. Sir John Brabburn traf von seinem Besuch bei Ramsay MacDonald in Nordirland wieder in London ein und hatte kurz darauf eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Baldwin. Es ist Brabburn gelungen, sich des Dienstes einer Anzahl hervorragender Finanzleute als Sachverständige in den ins Leben zu rufenden Untersuchungsausschüssen zu verschaffen. Er legte ihre Namen dem Ministerpräsidenten zur Billigung vor.

Die Reparationskommission vertagt.

Paris, 20. Dez. Die Reparationskommission hat am Mittwoch, entgegen dem Wunsch des englischen Delegierten, Brabburn, keine Sitzung abgehalten. Der Vorsitzende, Barthou, hat vielmehr bestimmt, daß erst nach der Rückkehr Brabburns aus England in der regulären Freitagssitzung der deutsche Antrag auf Priorität für die Nahrungsmittelkredite und die Ernennung der beiden Sachverständigenausschüsse zur Beratung kommen.

Vor Neuwahlen in Bayern.

München, 20. Dez. Im bayerischen Landtag haben sämtliche Fraktionen Sitzungen über die politische Lage abgehalten. Die Bayerische Volkspartei (Zentr.) hat beschlossen, zwei verschiedene Anträge einzubringen, und zwar lautet der erste: Der Bayerische Landtag beschließt seine Auflösung. Ein weiterer Antrag will, daß im Falle der Unmöglichkeit der Durchführung der Neuwahlen im besetzten bayerischen Gebiet das Ergebnis der Wahlen von 1920 der Vertretung dieser Landestelle solange zugrunde gelegt wird, bis auch dort Neuwahlen möglich sind. Die Sozialdemokraten und Demokraten haben Anträge beschlossen, wonach zur Sicherheit der Wahlfreiheit die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern erfolgen soll. Die Wahlen sollen im Februar stattfinden.

Die Bayerische Mittelpartei und die Deutsche Volkspartei haben den Antrag eingebracht, die Zahl der Abgeordneten um mindestens ein Drittel zu vermindern und den Landtag sofort aufzulösen. Die Neuwahlen sind auf Grund des abgeänderten Wahlgesezes auszuschreiben und in kürzester Frist vorzunehmen. Die Freiheit der Wahl ist in vollem Umfang zu sichern; die Zahl der Ministerien ist sofort auf fünf zu verringern.

Ein vereiteltes Attentat.

München, 20. Dez. An die Polizeidirektion München gelangten Mitteilungen über ein geplantes Attentat auf den Generalkonsul Dr. v. Kahr. Die eingeleiteten Erhebungen führten zur Festnahme des ledigen Schaulpielers Hans Barthel, gebürtig aus Sachsen.

Württembergischer Landtag.

5. Tag der politischen Aussprache.

Stuttgart, 20. Dez.

Am Donnerstag kam zunächst Abg. Bazille (D.D.) mit einer großen Rede zu Wort. In allen parlamentarisch regierten Ländern tragen die regierenden Parteien auch die Verantwortung; bei uns aber wird die Verantwortung der Opposition zugeschoben. Aber das deutsche Volk weiß, wer es die letzten 5 Jahre herregiert und die Lage verschuldet hat. Am Beginn der neuen Ära standen zwei entscheidende Regierungshandlungen der sozialdemokratischen Volksbeauftragten: die Wehrlosmachung des deutschen Volkes und die Verwirklichung des sozialdemokratischen Programms. Das waren die beiden großen Sünden, die am Anfang des großen langen Leidenswegs des deutschen Volkes stehen. Für die erste dieser Sünden trägt die Sozialdemokratie

allein die Schuld; an den Versuchen zur Verwirklichung des sozialdemokratischen Programms tragen auch die anderen Parteien die Schuld. Der Redner wirft den Vorwurf zurück, daß die Rechtsparteien die nationale revolutionäre Bewegung unterdrücken. Hätten wir den Hiltnerputsch unterdrücken wollen, so wäre er bei der jetzigen Kräfteverteilung in Deutschland unfehlbar gelungen. Aber wir machen so etwas nicht mit, schon weil der Sieg dieser nationalen Bewegung sofort von den Franzosen mit Waffengewalt unterdrückt würde. Was wir in München erlebt haben, war eine erschütternde und ergreifende Tragödie. Die Sozialdemokratie hätte am wenigsten Anlaß, von Hochverratern zu reden, denn im Hause des Gehentien redet man nicht vom Strick! Am Schlusse jeder revolutionären Bewegung stand von jeher die Diktatur. Auch bei uns ist es nun soweit gekommen. Wo ist jetzt der Parlamentarismus, die Demokratie und der Liberalismus geblieben? Der Redner begrüßt die Ausführungen des Justizministers über die Hypothekenaufwertung und beantragt eine Entschleunigung, worin die Vorlegung eines Gesetzesentwurfs verlangt wird, wodurch die Kündigung von Anleihen des Staates und anderer öffentlichen Körperschaften mit rückwirkender Kraft verboten wird. Dem Ermächtigungsgesetz stimmen wir nicht zu. Was die Ausführungen des Abg. Biedes (D.D.) und die Vorträge, die er uns gemacht hat, anbelangt, so sind wir der Meinung, wir sollten es machen wie in Bayern, wo die beiden Parteien sich vertragen. (Abg. Biedes: Das hängt ganz von Ihnen ab — hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) In der Frage der Regierungsumbildung hat das Volk ein Recht, zu verlangen, eine klare Auskunft darüber zu erhalten, worin die vom Staatspräsidenten erwähnten Schwierigkeiten eigentlich liegen. Die Sozialdemokratie hat alle Ursache, diese Umbildung zu hinterziehen. Wir verlangen, daß das württembergische Volk nunmehr klar sieht und daß die Regierung für sich ein Vertrauensvotum verlangt. Wenn sie dieses nicht erhält — wir werden nicht für ein solches stimmen — so bleibt nichts anderes übrig, als der Appell an das Volk. Der Redner stellt den Antrag: „Der Landtag erklärt sich für aufgelöst; die Neuwahlen finden am 30. Januar 1924 statt.“ Der Redner schließt: Ich fordere Sie auf, dem Volke zu geben, was das Volk ist!

Abg. Bruckmann (Dem.): Nach der Revolution hat Mut dazu gehört, sich zusammenzuschließen, um zu retten, was noch zu retten war. Von einem seminarellen Verhalten kann da doch nicht die Rede sein. Erfolge und Fortschritte werden nur auf dem Boden einer demokratischen Politik möglich sein. Es liegt uns fern, Lubendorf zu nahe zu treten; aber sein Verhalten zeigt, daß ihm jedes Augenmaß für Wirklichkeiten fehlt. Ich bin fest überzeugt, daß aus der nationalen sozialistische Bewegung etwas wird, was wir in Deutschland brauchen; aber wir verlangen, daß sie getragen ist von Besonnenheit, Ruhe und Anerkennung der Staatsautorität. Der Redner bespricht dann noch süddeutsche Kanalfragen und im Zusammenhang damit die Konkurrenzfähigkeit der württembergischen Industrie. Eine innerweltliche Kampfbildung des Widerstands gegenüber der Arbeiterklasse lehnen wir ab; wenn wir aufbauen wollen, so werden wir nur Erfolg haben durch Zusammenfassung aller Kräfte im demokratischen Staat.

Abg. Eggshaaf (D.D.) anerkennt, daß in der größten und wichtigsten, in der Erhaltung der Reichseinheit und der Erhaltung der Rheinlande beim Reich und bei Preußen, die Sozialdemokratie ihren nationalen Pflichten entsprochen hat. Das Gleiche läßt sich von ihrem Verhalten in der letzten Konstitutionskrise im Reich nicht sagen, wie sich die Sozialdemokratie auch bis heute noch nicht von ihren Klassenkampftheorien freimachen konnte. Gegen einen engeren Zusammenschluß der süddeutschen Staaten äußerte der Redner starke Bedenken und begrüßte dann noch die Bestrebungen nach Aufhebung der Hypotheken, in erster Linie derjenigen öffentlichen Rechts.

Wo keine Gerechtigkeit ist, ist keine Freiheit, und wo keine Freiheit ist, ist keine Gerechtigkeit. — Summe.

Die Bauerngräfin.

Roman von Fr. Lehne.

(Nachdruck verboten.)

„Aber dennoch wissen sie ganz genau, daß unser Wilhelm keine Schuld hat. Er war der Herausgeforderte, der Angegriffene, und wenn er sich gewehrt und den Junter richtig verprügelt hat, wer kann es ihm verdenken? Und die Geschichte mit Martha Niehle! Sie war unserm Wilhelm gut — bis der Junter mit seinen Versprechungen kam —! Die Herrschaften konnten froh sein, daß wir sie vor dem Standes bewahrt haben —“

„Ja, ja, das hat man aber alles vergessen — nur die Strafe nicht, die der Junter von einem Bauernburschen bekommen hat — das wundert!“

„Doch die Gräfin selb hat mich ihrer Dankbarkeit immer versichert; sie war ja außer sich, als sie alles erfahren hatte. Den Brief, den sie mir geschrieben, den hab' ich gut aufgehoben — hier bei Wilhelms Briefen liegt er —“, Frau Krause nahm ihn aus dem Kästchen, das die Nachrichten des Sohnes barg, „weicht du noch, was sie geschrieben?“

„Liebe Frau Krause! Ich bin Ihnen sehr dankbar und werde es immer sein, daran denkend, daß Sie mir in der Ordnung der bewußten Angelegenheit behilflich gewesen sind. Und sollten Sie einmal ein Anliegen haben, es mag sein, welches es wolle, wenn es in meinen Kräften steht, werde ich immer für Sie da sein. Und ich würde mich freuen, wenn Sie das nicht vergessen.“

Rosemarie Gräfin Laubenberg.

„Siehst du, Mann, da hab' ich gedacht, daß der Graf auf diesen Brief hin ein Einsuchen haben wird. Wie sind ihnen doch nie gekommen, obwohl die Frau Gräfin die Patin von unserer Rosemarie war —“

„Aber sie ist darüber hinweg gestorben! Ja, wenn sie noch lebte! Aber der Alte, das ist kein Güter. Quäl mich nicht, Frau — Jahre sind es her, daß ich nicht droben auf dem Schloß war.“

Doch sie redete ihm zu, es sei ein Versuch — und schließ-

lich — mehr als nein könne der Graf auch nicht sagen — und von dem sei das „Nein“ denn nicht so hart wie von den eigenen Verwandten; wolle er dem Samson wirklich den Wald und Biese überlassen, ohne noch einen letzten Versuch zu machen, sich das Geld zu verschaffen? Es handle sich doch nur um eine kurze Zeit; der Wilhelm schide ganz bestimmt das Geld, und dann seien sie aus aller Not und Verlegenheit.“

Und schließlich gab er ihrem Drängen nach, so hart ihm auch dieser Vorschlag ankommen würde — härter aber noch würde es sein, den Wald wegzugeben. An diesem Stückchen allen Eichenwald hing er mehr als an allem andern — und die Kinder auch.

Wilhelm Krause war ein alter Bauer von allem Schrot und Korn, dazu eigenartig und stolz. Mit aller Macht, mit förmlich verbittertem Trotz hatte er gegen das Schicksal angekämpft, das ihn vor zwei Jahren in einer Nacht aus einem begüterten, wohlhabenden Mann beinahe zu einem Bettler gemacht hatte. Hätte er die Versicherung seines Besitzes rechtzeitig wieder erneuert, wären ihm diese schweren Sorgen erspart geblieben. So hatte er — sein Haus, seine Stallungen, die wohlgefüllten Scheunen — abgeben müssen, ohne daß er einen Pfennig davon behalten durfte.

Die Sorgen der letzten Jahre hatten ihn um vieles älter werden lassen; Wohnhaus, Stallungen, Scheunen standen neu da, aber manches Stück Land hatte geopfert werden müssen, ebenso die besten Pferde und Kühe, um Geld in die Hände zu bekommen — und doch noch immer nicht genug war es, so daß er gezwungen war, fremde Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Das alles lastete schwer auf dem alten Mann. Über Erwarten wurde er recht von dem Viehhändler Samson um Rückzahlung der letzten zweitausend Mark gedrängt, die der ihm geliehen — und keiner im Dorfe war, der ihm aus dieser Verlegenheit helfen wollte.

„Schreib's doch deinem Wilhelm!“

„Ja, der Wilhelm, der war weit, der wußte nichts. Und man hätte ihm auch auf Hüten der Mutter nichts geschrieben, damit er sich draußen nicht sorgte.“

Der Streit mit dem Grafenjohn, die Untreue des geliebten Mädchens und nicht zuletzt sein abenteuerlicher Sinn

hatten den kaum zweiundzwanzigjährigen aus dem Vaterland getrieben, um in den Kolonien sein Glück zu machen.

Und der Alte hatte ihn ziehen lassen. Er hatte sich noch zu jung und arbeitsfähig gefühlt, um den Hof schon abzugeben, was er hätte tun müssen, wenn Wilhelm geheiratet hätte. Und dem Jungen schadete es nichts, wenn er sich draußen in der Fremde Wind um die Nase wehen ließ.

Frau Krause sah es ihrem Manne an, wie schwer ihm dieser Weg wurde. Sie legte die geklammerten Hände auf seine Schulter.

„Vater, wenn ich für dich gehen könnte, wahrhaftig, ich tät's — aber 's ist doch besser, du gehst. — Und hier — zur Vorsehung nimm den Brief von der Frau Gräfin selb mit; man kann nicht wissen, ob du ihn nicht zeigen mußt —“

Eines Kindes Lachen klang da hell unter dem Fenster. Frau Krause klopfte an die Scheiben, riefte die Geraniensöpfe etwas beiseite, öffnete einen Spalt und rief:

„Mariechen, komm mal gleich rein —!“

„Was soll sie denn?“

„Sie soll mit mir gehen; sie ist ja das Patentkind der jelligen Frau.“

„Das Kind kam hereingesprungen. „Soll ich zum Krämer gehen?“

„Nein, Mariechen. Du gehst mit Vater aufs Schloß.“

„Aber erst wäscht du dir gründlich die Hände.“

„Auss' Schloß?“

Dem Kind blieb vor Verwunderung das Mäulchen offen stehen. Da war sie doch, seit die Frau Gräfin tot war, nicht wieder gewesen.

Frau Krause reich glättend mit dem Kamm durch Mariechens dicke, kastanienbraune Locken, dann tat sie ihr eine frische, weiße Schürze an, die dem blauen, angedrehten Natunleibe mit den kurzen Ärmeln einen sonnigen Anstrich gab. Der weiße Strohhut mit dem Kranz von Gänseblümchen stand dem bibbelschen, rosigen Aindergeflücht mit den großen, dunkelbraunen Augen gar gut. Frau Krause oimete tief auf. „So, nun geht!“

Ihren Mann drückte sie die Hand und sah ihn innig an. Er gab ihr den Händedruck zurück, nicht ihr zu, nahm sein Tüchlein an die Hand und ging mit ihm über die heiße, sonnige Landstraße dem Schloß zu, das eine halbe Stunde ungefähr vom Dorfe entfernt lag.

(Fortf. folgt.)

Letzte Nachrichten.

Die Brotversorgungsgabge.

WTB. Berlin, 21. Dez. Die Blätter erinnern daran, daß bis zum 2. Januar 1924 der zweite Teil der Brotversorgungsgabge zu entrichten ist. Sie beträgt grundsätzlich das 195-Millionenfache des Sparanleihebeitrages. Wer also z. B. 100 000 M. Sparanleihe zu zahlen hatte, hat 19,5 Millionen Papiermark als zweiten Teilbeitrag der Brotversorgungsgabge zu zahlen. Die Prüfung ist ausschließlich bei den Finanzämtern zu leisten. Wer nicht rechtzeitig die Zahlung leistet, hat zwangsweise Beitreibung zu erwarten und empfindliche Verzugszuschläge zu entrichten.

Von der 3. Steuerordnung.

WTB. Berlin, 20. Dez. Die angekündigte 3. Steuerreformordnung, in der das Verbot der Hypothekenaufwertung der Mietssteuer und der Finanzvergleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden enthalten sein soll, wird, wie der „Vorwärts“ meldet, kaum vor Ende des Jahres das Reichsabinett passiert haben.

Wichtige Entscheidungen im bayerischen Landtag.

WTB. München, 21. Dez. Der Landtag hat sich gestern Nachmittag in fast zweistündiger sehr lebhafter Beschlusssitzung mit der rein formalen Frage befaßt, ob der vorliegende Antrag auf Auflösung des Landtages mit weiteren Aufträgen an die einzelnen Parteien zur Vorber-

teilung an den Verfassungsausschuß überwiesen oder direkt vom Plenum erledigt werden sollte. Der Antrag der Bayerischen Volkspartei auf Auflösung des Landtages wurde nicht dem Verfassungsausschuß überwiesen, sondern die Entscheidung beim Landtag liegt. In der Abstimmung wurde der Antrag der Bayerischen Volkspartei auf sofortige Auflösung des Landtages zurückgestellt bis nach Erledigung der hierzu noch vorliegenden Ergänzungsanträge, die dem Verfassungsausschuß überwiesen wurden. Damit ist die Entscheidung über die Landtagsauflösung noch auf geraume Zeit zurückgestellt worden. Ferner wurde der Teil des Antrages der Bayerischen Volkspartei, der die Abänderung des Landtagswahlgesetzes verlangt, in einfacher Abstimmung gegen die Stimmen der Bayerischen Volkspartei angenommen. Bei dem Antrag, der die Verringerung der Zahl der Ministerien auf fünf verlangt, stimmten 73 Abgeordnete mit Ja, 10 mit Nein. 59 enthielten sich der Abstimmung. Der Antrag ist damit angenommen.

Gesellschaftliche über Weihnachten und Neujahr.

WTB. Düsseldorf, 20. Nov. Der kommandierende General hat angeordnet, daß den Deutschen sowohl für die Dienstreise nach dem Befehl als auch für die Ausreise nach dem unbefehlten Gebiet anlässlich des Weihnachtsfestes und des Neujahrsfestes Gesellschaften innerhalb der Zeit vom 20. 12. bis 10. 1. ausgestellt werden.

Die englischen Mitglieder des Sachverständigenausschusses.

WTB. London, 21. Dez. Die britischen Mitglieder des Sachverständigenausschusses für den Bozener Vertrag sind: der Bozener Vertrag, der ehemalige britische Botschafter in Rom, der ehemalige britische Botschafter in Wien, der ehemalige britische Botschafter in Paris, der ehemalige britische Botschafter in Bern, der ehemalige britische Botschafter in Brüssel, der ehemalige britische Botschafter in Bern, der ehemalige britische Botschafter in Bern, der ehemalige britische Botschafter in Bern.

Deutscher Reichstag.

WTB. Wien, 21. Dez. Die Plenarsitzung der Wiener Hofkammer beschloß gestern eine neueleihe Spende von 20 Millionen Kronen für die Deutschlandhilfe.

England und Rußland.

WTB. London, 20. Dez. Die „Morning Post“ schreibt: Die Anerkennung der bolschewistischen Regierung durch Großbritannien u. die Wiederaufnahme der gesamten Handelsbeziehungen mit Rußland sind wahrscheinlich nach dem Rücktritt der Regierung Baldwin fest. Ein auf 400 000 Pfund Sterling lautender, sofort abgelehnter Vertrag mit einer britischen Firma werde als Verhandlungsbasis angesehen, was nach dem Zustandekommen der Vereinbarung stattfinden werde.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul.

Ausstellung der Frauenarbeitsschule Altensteig

am Sonntag, den 23. Dezember 1923
von vormittags 11 bis nachm. 4 Uhr
in der Gewerbeschule.

Jedermann ist freundlichst eingeladen.

Hedwig Jetter.

Lager in Musikinstrumenten

wie Gitarren und Mandolinen
Laute, Geigen, Ziehharmonikas
Mundharmonikas, Oskarnas, Flöten usw.

bringe ich in empfehlende Erinnerung

Lorenz Luz jr., Altensteig, Tel. 46.

Qualitätsstoff-Weihnachts-Angebot!

Baumwolltuch, ungebl., ungew. f. alle Wäschest. „ 0,85-0,98
Baumwolltuch, ungebl., do. stark wie Brett, doppbr. „ 1,40-1,70
Hemdenflanell für Winter aus edelsten Garnen „ 0,80-1,30
Bettzeug karr. u. gebümt, beste Qual. doppbr. „ 1,70-1,98
Hemdenstoff weiss, kräft. f. nur bess. Wäschest. „ 0,90-1,10
Stangenlaken stark u. fein f. Bettwäsche, doppbr. „ 1,65-1,95
Keine Garantie: Für Nichtgefall. zahle vollen Betrag zurück.
Ab 30 m liefern portofrei. Eigene Fabrikation bürgt für Qual.
Versand sofort. Helles Geschäft. Tausende Dankschreiben.
Webwarenversand Fritz Platzler, Wadon, Oberpfalz 83.

Altensteig.

Zu passenden Weihnachts-Geschenken

empfehle:

mein gut sortiertes Lager in

Tabakwaren

Fein-, Mittel- und Grobschnitt
Fabrikate Landfried, Böninger, Kaulino

Zigarren in Packungen à 25, 50,
100 Stück

Schweizer Stumpfen in Packungen
Floren und Rio Grande à 10 Stück

Zigaretten erstkl. Fabrikate

in Packungen à 10, 25, 50 und 100 Stück.

Chr. Burghard jr.

Inserate

Für die morgige Samstag-
nummer unserer Zeitung
bitten wir frühzeitig, ge-
wisse schon heute aufzugeben.

Ich empfehle als praktische Weihnachts-Geschenke:

Hemdenflanell von Mk. 1,10 an	Zettirhemden Mk. 8,50
Unterrockbiber — Velour	Wollshawl von Mk. 2,90 an
Bettuchbiber	Kindermäntel von Mk. 8,- an
Einsatzhemden von Mk. 2,95 an	Damenmäntel von Mk. 19,50 an
Baumwollflanell-Hemden M.5.-	Herranzugstoffe

in allen Preislagen u. Qualitäten

Am Sonntag, den 23. Dezember geöffnet.

Phil. Bosch Nachf. Wildbad.



Ein schönes Sortiment Gesellschaftsspiele für Alt u. Jung

aller Art, Schach, Damen-Brett, Lotto,
Domino, Schwarzer Peter, Schupp-
Schupp, Müse und Dame,
Koukelttes u. Quartettspiele etc.

besonders 2 Serien im Werte von be-
deutend zurücksetzt zu 20 u. 50 Stk. d. Stück

empfehle

Fritz Bühler jr., Altensteig.

Als Weihnachts-Geschenke

empfehle

Bilder u. Spiegel

in prächtiger Auswahl die

W. Rieker'sche Buchhandlung, Altensteig.

Magob. Löwen-Lichtspiele

Samstag Abend 8.15 Uhr
Sonntag 2.30 4.30 u. 8.15 Uhr.

Der Zirkuskönig

Edie Pollo III. Teil
Die Schmetterling-Zusel
in 6 Akten.

Zuspiel:
Das Bescherwädel
in 2 Akten.

Über die Festerlage neues
Programm.



Das schönste
und beste

Weihnachts Geschenk

ist besonders
für die Jugend

ein gutes Buch.

Eine sehr schöne Auswahl in
Büchern finden Sie in der

W. Rieker'schen
Buchhandlung

L. Paul, Altensteig



Entlaufen

ist mir ein junger
Zwergpinscher
schwarz (Hündin).
Nachricht über dessen Ver-
bleib erbittet
Seeger, Bönnersberg.

Abreiss- kalender und Familien- kalender

empfehle die

W. Rieker'sche Buchhandlung
Altensteig.